

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Von der Zweideutigkeit der Bundesrepublik

Dr. August E. Hohler, neben unserem Mitarbeiter Dr. Arnold Künzli (Basel) wohl der bemerkenswerteste Kopf unter den jüngeren Schweizer Publizisten, hat nach zweijährigem Aufenthalt als Auslandskorrespondent in Bonn seine frühere Tätigkeit in der Auslandsredaktion des *Tages-Anzeiger* (Zürich) wieder aufgenommen. In Nr. 175 dieser großen demokratischen Zeitung veröffentlichte er vor seiner Abreise aus Bonn Betrachtungen, die es verdienen, auch und gerade in der Bundesrepublik sehr aufmerksam gelesen zu werden; wir geben deshalb diesen Aufsatz mit geringfügigen Kürzungen im Wortlaut wieder:

„Ich bin gerade lang genug in diesem Land gewesen, um keine Lust mehr zu verspüren, seine Komplexität auf einen handlichen Nenner zu bringen. Ich habe gerade lang genug hier gelebt, um der Versuchung zu entgehen (hoffe ich), mir von den Deutschen ‚ein Bildnis‘ zu machen. Bilanz also lieber nicht; das Konto soll offen bleiben. Statt dessen einige *tiotizen*, *persönliche Anmerkungen*, eher *Fragen* als *Antworten*. Addition von Soll und Haben, wenn sie hier überhaupt möglich ist, ergibt kaum Gerechtigkeit.

*

Eine Engländerin, den Deutschen nicht sehr gewogen, wunderte sich, daß sie in der Bundesrepublik so viele nette Leute kennenlernte. Diese freundliche Frau X — sagte sie —, dieser sympathische Herr Y, dieses lebenswürdige Mädchen Z...; man wußte nicht recht, war sie erleichtert oder enttäuscht. Und daß ihr sogenannte ‚typische Deutsche‘ (zackig, laut, arrogant) selten begegneten, daß germanische Recken (groß, blond, blauäugig) selten ihren Weg kreuzten, nahm sie schließlich hin. Sie wurde, schien es, ein wenig bekehrt.

Aber dann, wie verabschiedete sich unsere englische Freundin? Sie tat es mit dem Stoßseufzer: ‚Trotz allem — diese gräßlichen Deutschen! Und daß ihr in diesem Land leben müßt!‘

Wieder einmal hatte der Augenschein das Vorurteil nicht korrigiert. Wieder einmal diente die Anerkennung des Einzelnen als Ausrede für die Ablehnung des Ganzen.

Ich erzähle die kleine Geschichte natürlich nicht, weil sie Seltenheitswert besäße; das genaue Gegenteil trifft zu. Ich erzähle sie, weil diese Art von Alibi, wie ich glaube, die kollektive Verunglimpfung womöglich noch schlimmer macht: Gleichgültig, ob jeweils die Juden, die Deutschen, die Russen oder ‚die Intellektuellen‘ gemeint seien. Man

bekommt hierzulande ein empfindliches Gespür für die *Infamie der aussparenden Difizierung*.

Ausnahmen zu tolerieren, hilft gar nichts.

*

Nicht etwa, daß ich nun dafür plädiere, wir sollten die Deutschen insgesamt ans Herz drücken, ausnahmslos prächtig finden und als hundertprozentige Demokraten preisen (wo gibt es die?). Nicht etwa, daß der Abbau des Vorurteils zum Verzicht auf Kritik führen müßte. Aber: Ist es richtig, ist es gerecht, über ‚die Deutschen‘ herzufallen (immer noch bzw. schon wieder), Adenauer hingegen, oder doch die Bundesregierung, oder doch die CDU, oder jedenfalls die westdeutsche Politik zu akzeptieren, wie man's in der Schweiz, scheint mir, mehrheitlich zu tun pflegt? Nach diesen zwei Jahren frage ich mich, ob es nicht vielleicht eher umgekehrt sein sollte. Die blendenden Erfolge der Bonner Politik, der halbe außenpolitische Erfolg (Versöhnung mit Frankreich, Anschluß an Westeuropa) und der halbe innenpolitische Erfolg (Wirtschaftsaufschwung, Ruhe und Ordnung), machen offenbar manchen blind für die Versäumnisse in den andern Hälften. Und was ‚die Deutschen‘ tatsächlich oft als problematische Zeitgenossen erscheinen läßt, hängt gar nicht zuletzt mit den Folgen ebendieser Versäumnisse zusammen. Adenauers Bundesrepublik ist geprägt durch ‚die beispiellose Zweideutigkeit seiner Leistung‘, um mit *Golo Mann* zu sprechen. Und der Bundesbürger ist so sowohl Nutznießer als Opfer dieser Zweideutigkeit.

*

Zum Beispiel:

Man klagt darüber, daß die geistige Erneuerung in der Bundesrepublik weit hinter der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sei, daß die meisten Deutschen sich um ihr persönliches Wohlergehen kümmern und sonst um nichts. Aber wenn proklamierte und praktizierte Politik auseinanderklaffen, und wenn die praktizierte Politik darauf hinausläuft, den höheren Lebensstandard zum wichtigsten Kriterium in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu erheben — wen wundert es dann eigentlich, daß die Ideologie des Kühlschranks um sich griff? Wen wundert's, daß im Schatten dieser Ideologie zwar unerfreuliche Gewächse wie Restauration, Egoismus und staatsbürgerliche Trägheit gedeihen, seelische Besinnung indessen wenig gefragt ist?

Oder: Wenn die proklamierte Politik sich in Sonntagspathos erschöpft, wenn irrealen Forderungen nach Wiedervereinigung, Lippenbekenntnisse zur Solidarität mit den Landsleuten in der DDR oder halbhatzige Gesten an die Adresse Polens das Fehlen einer kon-

strukturen Ostpolitik immer dürftiger verdecken — wer wird dann erstaunt sein, daß ein banaler Antikommunismus, der sich dazu oft aus faschistischen Wurzeln nährt, als bequemer Ersatz für positiv-demokratische Anstrengungen weitherum willkommen ist?

Oder: Wenn ein patriarchalisches Regime die Devise ‚keine Experimente‘ zum obersten Leitsatz erhob, wenn der greise Bundeskanzler die äußeren Vorteile autoritärer Staatsführung jahrelang effektiv vordemonstrierte — wie sollen in solchem Klima die Lust zum Wagnis, der Mut zum Widerspruch, der Drang nach Verantwortung wachsen? Wie sollte in solchem Klima die Mündigkeit mehr gelten als Gehorsam und Gefolgschaft?

Wirtschaftliche Dämpfer, außenpolitische Ernüchterung und innenpolitischer Wechsel dürften allerdings das Bild erheblich verändern, wo nicht erschüttern. Auch und gerade deshalb: Bilanz zu ziehen, sei mir erlassen. Die großen, die eigentlichen Rechnungen wurden wohl noch nicht präsentiert.

*

Andererseits aber:

Was hier stichwortartig vorgebracht wurde, kann man in westdeutschen Zeitungen und Büchern lesen, kann man im Radio hören, am Fernsehen vernehmen. Gerade so — und manchmal noch viel schärfer. Presse, politisch-literarische Publizistik, Rundfunk und Television machen hier, bei allen Einschränkungen, wohl doch regeren Gebrauch von der Freiheit als in der Schweiz (unter den Zeitungen freilich nur eine wache Minderheit). Die wahren Zustände im Dritten Reich sind nicht präziser zu entlarven, die Symptome nachfaschistischer Geisteshaltung kaum heftiger zu geißeln und gewisse fatale Wirkungen der Bundespolitik kaum deutlicher zu zeigen, als es durch die Massenmedien vielfach (noch) geschieht. Sollte mancher Bundesbürger, wie es scheint, hellhöriger geworden sein, dann wäre das wesentlich ihnen zu verdanken. Gleichwohl erhebt sich die Frage, ob solche Kritik nicht irrelevant bleibe, ob Kritik ‚von unten nach oben‘ tatsächlich wirksam sei. Zumal die Parteien kaum noch voneinander zu unterscheiden sind, zumal die Sozialdemokraten ihren oppositionellen Elan der opportunistischen Taktik geopfert haben. Soll Opposition eine exklusive Sache verärgelter Nonkonformisten und schließlich ein Reservat des *Spiegel* werden?

Dagegen spricht: Es gibt eine Jugend, die mit den Hypothesen der Vergangenheit nicht belastet und mit mehr als nur gutem Willen ausgestattet ist. Es gibt Politiker — in allen Parteien —, die gegen den Strom schwimmen und statt Wahlgeschenke lieber demokratische Einsichten vermitteln. Es gibt Minister, die genau wissen, was die Stunde geschlagen

hat — und sich danach verhalten. Das alles, ohne Zweifel, gibt es. Insofern darf man hoffen. (Denn die Bundeswehr ist nicht der einzige Garant für die Zukunft, die Berliner Mauer nicht die einzige Linie der Bewährung.)“

Notwendigkeiten und Möglichkeiten deutscher Außenpolitik

Prof. Dr. Golo Mann, der sich schon wiederholt in Vorträgen und Aufsätzen kritisch zur Außenpolitik der Bundesregierung geäußert hat, kommt in Nr. 36/1962 der Wochenzeitung *Die Zeit* neuerdings eingehend auf dieses Thema zu sprechen. Wir müssen uns damit begnügen, hier das zusammenfassende Schlußkapitel dieser Untersuchung des bedeutenden Historikers und unabhängigen Denkers im Wortlaut wiederzugeben:

„Von der deutschen Außenpolitik würde ich erwarten:

Fortsetzung der einmal begonnenen großen europäischen oder westeuropäisch-amerikanischen Unternehmungen — die sind zu erfolgreich gewesen, die haben zu sehr im Ernst begonnen, als daß man sie noch wieder aufheben könnte oder sollte.

Ergänzung dieser Westpolitik durch eine Ostpolitik, die mehr leistet als ein durch die Jahrzehnte immer nur wiederholtes Nein: Abgehen von der Hallstein-Doktrin; Anerkennung des Kommunismus im allgemeinen als einer gegnerischen, geistigen, wirtschaftlichen Macht, die im ständigen Wandel begriffen ist und genaueste Beobachtung des Wandels; Anerkennung jedenfalls dieser gegnerischen Macht als einer, mit der man irgendwie leben müssen, wenn man nicht mit ihr untergehen will.

Anknüpfung engerer Beziehungen mit den Satellitenstaaten und vor allen Dingen, soweit es möglich ist, mit den Satellitenvölkern und da vor allen Dingen mit den Polen. Der Versuch, das Vertrauen Polens endlich zu gewinnen, der Versuch, das Ulbricht-Regime gewissermaßen in die Zange zu nehmen von beiden Seiten.

Anerkennung der bitteren, aber unvermeidlichen Tatsache, daß die Zone im Machtbereich der Sowjetunion liegen muß, solange der kalte Krieg dauert. Das könnte erst geändert werden, wenn der kalte Krieg aufhört. Der Glaube, daß der kalte Krieg auf kalte Weise von der einen oder anderen Seite gewonnen und entschieden werden könnte, ist längst ein Aberglaube geworden.

Konzentration auf das eine praktische, widerspruchslöse Nahziel: die wirklichen Lebensbedingungen der Menschen, die in der Zone leben müssen, zu verändern, wobei ich keinerlei Verbesserung als gering achten würde. Es kommt hier, wie gerade Bundes-

kanzler Adenauer mehrfach gesagt hat, vor allem auf das Menschliche an. Und für die Befreiung von ein paar tausend politisch Verurteilten, die heute in Zuchthäusern der Zone ihr Leben fristen, würde ich manches gute Wort und manches beschriebene Stück Papier gern geben.“

Abschließend seien noch ein paar Sätze aus dem Abschnitt „Politik ist Kunst“ zitiert; Golo Mann schreibt dazu u. a.:

„Im übrigen ist Politik genauso wie etwa Malerei eine Kunst. Eine schöpferische Kunst, die nur dadurch Wirklichkeit hat, daß man sie tut... Die deutsche Zukunft hängt im Positiven von dem ab, was die Menschen, die in Deutschland leben, im Ernst aus ihrem eigenen Leben machen werden. Sie hängt vor allem davon ab, daß viele Menschen auf deutsch und für Deutsche etwas Schönes machen werden — das ist Zukunft der Nation im positiven Sinne des Wortes . . . Politik kann im Positiven und im Negativem allenfalls den Rahmen für ein solches ernstes und schöpferisches Leben der Nation oder eines Teiles der Nation setzen.“

In Nr. 38 veröffentlicht *Die Zeit* einen ergänzenden Diskussionsbeitrag von *Golo Mann* zur deutschen Ostpolitik, aus dem wir die folgenden Sätze zitieren wollen:

„Politik ist die Kunst des Möglichen. Man muß doch hantieren mit Dingen, die sind. Wenn man sie nicht frontal angreifen, wenn man sie nicht mehr mit Kanonen aus der Welt scharfen kann, dann muß man irgendwie früher oder später in einen Kontakt mit ihnen zu kommen versuchen, um sie zu verändern . . . Machen wir aber noch fünfzehn Jahre so weiter wie bisher, genau wie bisher, dann, glaube ich, wird unsere ganze Herrlichkeit nicht fünfzehn Jahre mehr andauern — drüben nicht und hier nicht.“

Hinweise

Die von der Gewerkschaft ÖTV herausgegebene Funktionärszeitschrift *Der ÖTV-Vertrauensmann* will künftig von *Zeit* zu *Zeit* ein Heft geschlossen einem bestimmten Thema widmen. Als erstes dieser Sonderhefte behandelt Nr. 9/1962 die deutsche Binnenschifffahrt — ein Thema, das, wie *Adolph Kummernuss* in seinem Geleitwort sagt, aus mehreren Gründen aktuell ist: „Die deutschen Stromgebiete des Rheins und der Donau sollen in absehbarer Zeit durch Kanäle miteinander verbunden werden. Darüber hinaus gibt es Pläne der Schiffbarmachung vor allem im Süden Deutschlands, über die ein heftiger Streit des Für und Wider entstanden ist. Auf dem sozialen Sektor stehen dringende Fragen an, deren Lösung die Arbeitnehmer auf den Schif-

fen und in den Häfen erwarten. Der technische Fortschritt zeigt sich in neuen Erscheinungen wie z. B. der Schubschifffahrt. Wirtschaftspolitische Fragen von großer Bedeutung stehen im Blickfeld.“ Über alle diese Probleme bringt das Heft, das *H. E. R. Vater* mit gewohnter Sorgfalt redigiert und sehr instruktiv illustriert hat, wertvolle Aufsätze von Fachleuten; ferner werden Gerichtsentscheidungen für die Binnenschiffer in einem besonderen Aufsatz (von Dr. *Erich Frey*) dargestellt. Dieses Heft dürfte weit über die Kreise der ÖTV hinaus starke Beachtung finden.

In der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft hat Dr. *Achim von Loesch* eine größere Abhandlung über „Das Revolving-Kreditsystem — Ein marktkonformes System der Finanzierung von Großunternehmen“ veröffentlicht; im selben Heft (118. Band, 3. Heft) schreibt *Henry Jacoby* unter dem Titel „Unbehagen im Wohlstand“ über neuere Beiträge zur amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse.

Prof. Dr. *Heinz-Dietrich Ortlieb* schreibt im *Hamburger Wirtschaftsdienst* (Nr. 5/1962) über „Unzureichende Ausbildungshilfe in deutscher Sprache“. Im *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* (7. Jahr, 1962) hat Prof. Ortlieb eine Arbeit „Die Legende vom Volkskapitalismus — Zur Rolle des Privateigentums in unserer heutigen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur“ veröffentlicht. In demselben Band des *Hamburger Jahrbuches* schreibt Prof. Dr. *Richard F. Behrendt* über Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im gegenwärtigen Lateinamerika.

Borys Lewytzkyj hat in Nr. 24/1962 von *Aus Politik und Zeitgeschichte*, der regelmäßigen Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, eine Zwischenbilanz über den sowjetischen Siebenjahrplan veröffentlicht; in den *Österreichischen Ost-Heften* (4. Jahrgang, 3. Heft) untersucht Lewytzkyj „Richtung und Grenzen des Umwandlungsprozesses in der KPdSU“.

Die Vierteljahrsschrift *Der neue Bund* (Postfach Zürich 25), die im 28. Jahrgang erscheint, hat ihr Heft 2/1962 dem Thema „Mitbestimmen, Mitverantworten“ gewidmet. Dr. *Eugen Steinemann*, Redakteur dieser stets besonders sorgfältig dokumentierten Zeitschrift und Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich, hat für diese Ausgabe Beiträge über Mitbestimmungsprobleme in verschiedenen Ländern zusammengetragen.

Freiburger Universitätsblätter heißt eine neue Zeitschrift, die im Verlag Rombach & Co (Freiburg i. Br.) erscheint. Aus dem ersten Heft ist ein Beitrag von Prof. Dr. *Hans Thieme* über „Justiz im totalitären Staat“ besonders zu nennen. W. F.